

Resolutionsantrag

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 18.06.2002
Ltg.-984/V-10/56a-2002
— Ausschuss

der Abgeordneten Waldhäusl, Ing. Hofbauer und Farthofer

zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2003, Ltg. 984/V-10

betreffend: **EU-Finanzmittel für Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**

Das Verkehrsaufkommen auf Niederösterreichs Straßen von und in die sogenannten Reformländer wird täglich stärker. Es ist zu erwarten, dass insbesondere der Straßenverkehr nach einer EU-Osterweiterung gravierend ansteigt. Um der absehbaren Entwicklung im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung zu entsprechen, ist es jetzt erforderlich, geeignete Maßnahmen zu setzen. Dabei kommt dem vorausschauenden Ausbau der Straßeninfrastruktur enorme Bedeutung zu. Niederösterreich hat eine 414 Kilometer lange EU-Außengrenze und ist daher von der abzusehenden EU-Osterweiterung besonders betroffen. Vertreter der EU-Kommission und andere maßgebliche Vertreter von EU-Institutionen betonen die Wichtigkeit einer raschen EU-Osterweiterung. Wenn die Europäische Union von einer EU-Osterweiterung profitiert, dann kann auch erwartet werden, daß das Bundesland Niederösterreich finanzielle Mittel für den dadurch notwendigen Ausbau der Straßeninfrastruktur von der Europäischen Union erhält.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung geeignete Handlungen zu setzen um für den, durch die zu erwartende EU-Osterweiterung notwendigen Straßenausbau, eine möglichst hohe Kostenbeteiligung der EU zu erwirken.“